



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Bündnis-Grundsätze

Trans- und Homophobie sind Menschenrechtsverletzungen. Sie zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Trans- und Homophobie beeinträchtigen alle Formen des menschlichen Miteinanders, die nicht der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft und Zweigeschlechtlichkeit entsprechen. Es geht dabei um eine sachlich nicht begründbare Aversion gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen (LSBTI) und ihrer Lebensweise. Diese Aversion hat viele Ausdrucksformen und reicht von Ausgrenzung, Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing über Hassparolen und Hetzreden bis hin zu Körperverletzung und Mord.

Wir wenden uns gegen Trans- und Homophobie und begrüßen ausdrücklich akzeptanzfördernde Ereignisse:

Im Jahr 2013 wurde zum zehnten Mal der renommierte „Internationale Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg“ verliehen. Die Preisträgerin ist die Menschenrechts- und LSBTI-Aktivistin Kasha Jaqueline Nabagesera aus Uganda, die sich trotz Gefahr für Leib und Leben für die Rechte von LSBTI-Personen in Uganda einsetzt. Die Stadt Nürnberg und die internationale Jury bezogen mit dieser Preisverleihung Stellung gegen die weltweite Trans- und Homophobie.

Ebenfalls im Jahr 2013 veröffentlichte der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), eine Orientierungshilfe zum Thema Familie. Diese trägt den Titel „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit, Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken.“ Die Orientierungshilfe befasst sich auch mit dem Thema gleichgeschlechtlicher Lebensweisen als Variante des menschlichen Zusammenlebens.

Es existieren allerdings auch viele Gegenbeispiele. Trans- und homophobe Kräfte melden sich verstärkt zu Wort. Sie versuchen LSBTI-Personen wieder aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu drängen, erneut zu stigmatisieren und bereits überholte Vorurteile wiederzubeleben. Das zeigen folgende Ereignisse:

- die vielen negativen Reaktionen auf das Coming Out des Fußballprofis Thomas Hitzelsberger
- die Hetzkampagnen gegen den Bildungsplan 2015 des Landes Baden Württemberg
- die Reaktionen auf den EU Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität.
- die harten Auseinandersetzungen um die Orientierungshilfe innerhalb der evangelischen Kirche in Deutschland verursacht vor allem durch evangelikale Kräfte.

Diese Reaktionen und Auseinandersetzungen, die ein großes Maß an Intoleranz und Ablehnung sowie massive Vorbehalte erkennen lassen, veranlassen uns ein Bündnis gegen Trans- und Homophobie im Großraum Nürnberg als Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt zu gründen.



Bündnis gegen Trans- und Homophobie



Dieses Bündnis ist eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Wirtschaft, Kommunen und Landkreisen (Gebietskörperschaften), Stadtratsfraktionen und -gruppen sowie Initiativen, Vereinen und Szeneeinrichtungen.

Wir fordern als Bündnis Anerkennung und Respekt für die Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen.

Die Mitglieder des Bündnisses gegen Trans- und Homophobie verpflichten sich:

- eine (Organisations-)Kultur zu schaffen, die von gegenseitigem Respekt geprägt ist und jede Form von Diskriminierung verurteilt
- die Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen, die darin liegenden Potenziale wertzuschätzen und für das Unternehmen oder die Institution gewinnbringend einsetzen.
- die Umsetzung des Aufrufs als Thema des internen und externen Dialogs und von Fortbildungsmaßnahmen zu behandeln.
- über den Fortschritt unserer Aktivitäten bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft zu geben.
- wir sind überzeugt: gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft.

Respekt und Gleichberechtigung sind Grundvoraussetzungen für ein gesellschaftliches Miteinander und eine freiheitliche Demokratie. Transphobie und Homophobie dürfen nicht stillschweigend und tatenlos hingenommen werden. Dafür treten die Mitglieder des Bündnisses mit aller Entschiedenheit und allen Mitteln unserer demokratischen Grundordnung ein.